

12.02.2016

Kleine Anfrage 4456

des Abgeordneten Henning Höne FDP

Welche Probleme bestehen bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung an der Johannesschule in Sassenberg?

Eltern von Kindern, die die Johannesschule in Sassenberg besuchen, haben sich besorgt an das Parlament gewandt, da aus ihrer Sicht mit der Personalausstattung der Schule eine qualitative Förderung ihrer Kinder nicht gewährleistet sei. Die Grundschule nimmt demnach mit großem Engagement z.B. im Rahmen der Inklusion und der Aufnahme von Flüchtlingskindern vielfältige Aufgaben wahr. Laut Schilderungen wurden der Schule zum Ende des letzten Jahres *„zwei zusätzliche Vollzeitstellen genehmigt, um die schwierige Situation an der Schule zu entschärfen“*. Allerdings bestünde nun auf Basis der bekannten Informationen aufgrund von „Personalabgängen“ die Situation, dass 70 Stunden zur Disposition stünden.

Da sich die „Personalabgänge“ an der Schule demnach auch bis in den Mai 2016 hinein erstrecken, stellt sich hierbei selbstverständlich die Frage der Nachbesetzung. Laut Darstellung sollen Stellen *„nicht oder nur unzureichend nachbesetzt“* werden. Ein Problem scheint offenbar generell die nach Eindruck der Eltern nur schwierig zu durchschauende Personalsituation zu sein.

Dass sich Eltern über die Sicherstellung einer bestmöglichen Förderung aller Schülerinnen und Schüler an ihrer Grundschule Gedanken machen, ist legitim. Daher wäre es wichtig zu erfahren, welche Entwicklungen sich an der Schule abzeichnen und welche Anstrengungen unternommen werden, um die Unterrichtsversorgung gegenwärtig und auch zukünftig sicherzustellen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie stellt sich gegenwärtig die Personalsituation an der Johannesschule in Sassenberg dar (bitte nach Stellenbedarf, Stellenausstattung und Personalausstattung aufgeschlüsselt darstellen)?
2. Wie viele Stellen werden nach nun bekanntem Stand im Laufe des zweiten Halbjahrs vakant sein?

Datum des Originals: 11.02.2016/Ausgegeben: 12.02.2016

3. Sollen alle – auch bereits absehbar – vakanten Stellen, die der Schule im letzten Halbjahr zur Verfügung standen, nachbesetzt werden (wenn nein, warum nicht)?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Schilderungen der Eltern, dass aufgrund der vor Ort vorliegenden Informationen 70 Stunden pro Woche fehlen würden?
5. Da die Schule gegenwärtig offenbar kommissarisch geführt (werden muss): Welche Anstrengungen unternimmt die Schulaufsicht, um eine Besetzung der Leitungsfunktion sicherzustellen?

Henning Höne